

// Presseinformation //

GEW zum Schuljahresbeginn: Flüchtlingspolitik in Rheinland-Pfalz / Neue Dimension erfordert beherztes Handeln

Die Dimension, in der Menschen aus Not und Angst um ihr Leben aus Syrien und anderen Ländern nach Europa und damit auch nach Deutschland fliehen, hat eine neue und in dieser Form bisher nicht gekannte Qualität angenommen und wird mit aller Voraussicht vermutlich noch Jahre andauern. Wir müssen uns also auf diese weltpolitische Realität einstellen und erkennen, dass Deutschland definitiv ein Einwanderungsland ist. Hierfür sind die notwendigen Konsequenzen zu treffen. Die GEW Rheinland-Pfalz hatte bereits in ihrer Resolution zur Flüchtlingspolitik vom 25. Februar 2015 ausführliche Umsetzungsschritte formuliert und der Presse in einer Konferenz am 13. März 2015 vorgestellt.

„Das neue Schuljahr wird von der Integration einer zunehmend wachsenden Zahl von geflüchteten Kindern und Jugendlichen in die Schulen geprägt sein“, erklärt der Landesvorsitzende der GEW Rheinland-Pfalz, Klaus-Peter Hammer. Die Bereitschaft der Lehrkräfte und der Pädagogischen Fachkräfte in den Schulen, diese Integration aktiv zu gestalten, sei außerordentlich groß. Die bisher vom Bildungsministerium initiierten Maßnahmen und die Bereitstellung zusätzlicher Finanzmittel, um die Schulen bei der Sprachförderung und Integration zu unterstützen, seien richtig und zielführend. Dennoch fühlten sich viele Beschäftigte auf diese schwierige Aufgabe nach wie vor nicht ausreichend vorbereitet und oftmals überfordert, besonders dann, wenn Hilfen erst mit erheblicher Verzögerung oder nicht im notwendigen Umfang zur Verfügung gestellt werden.

„Insbesondere muss die Sprachförderung flächendeckend und qualifiziert stattfinden“, so der Landesvorsitzende der GEW Rheinland-Pfalz. „Damit dies gelingen kann, brauchen wir entsprechend zusätzliche Stellen mit gut ausgebildetem Personal. Wir benötigen für die tägliche Arbeit an den Schulen deutlich mehr Sprachlehrkräfte, sozialpädagogische Fachkräfte sowie Schulpsychologinnen und Schulpsychologen.“

- 2 -

Diese Seite kann im Internet abgerufen werden unter:
<http://www.gew-rlp.de>

GEW Rheinland-Pfalz • Neubrunnenstr. 8 • 55116 Mainz
Telefon 06131 28988-0 • Fax 06131 28988-80 • gew@gew-rlp.de
www.gew-rlp.de • www.facebook.com/GEW.RLP • twitter.com/gew_rlp

In diesem Zusammenhang fordert die GEW auch den deutlichen Ausbau von Fortbildungsangeboten bezüglich Deutsch als Zweitsprache (DaZ). Ebenso müsse der sehr hohe Bedarf an Kräften für Fachberatung für multikulturelle Arbeit zur Unterstützung der Schulen in der Planung Berücksichtigung finden. „Um eine Versorgung mit wirklich qualifizierten Sprachlehrkräften sicherzustellen, ist eine angemessene Bezahlung sicherzustellen“, so Hammer.

Des Weiteren tritt die GEW für eine deutliche verbesserte Unterstützung für ehrenamtliche Helferinnen und Helfer, darunter viele pädagogische Fachkräfte, Lehrkräfte sowie Pensionäre bzw. Pensionärinnen ein.

Hammer weiter: „In der Vergangenheit und besonders in diesem Sommer ist vielerorts der Eindruck entstanden, Staat und Kommunen seien unvorbereitet und überfordert, die erforderlichen Maßnahmen zur Aufnahme und Integration der Flüchtenden zu ergreifen. Jetzt ist vorausschauendes Handeln dringend erforderlich.“ Dies gelte für den Bildungsbereich sowie für die Bereitstellung von geeignetem Wohnraum und notwendige Sozialleistungen. „Hier darf der Bund die Länder und Kommunen nicht länger im Stich lassen. Die Steuermittel hierzu sind vorhanden“, so Hammer abschließend.

Mainz, 04.09.2015

Anlage: Resolution der GEW Rheinland-Pfalz zur Flüchtlingspolitik vom 25. Februar 2015